

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 49 (1955)  
**Heft:** 1-2: Verantwortung für Europa

**Artikel:** Europa zwischen West und Ost  
**Autor:** Kramer, Hugo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-139983>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Europa zwischen West und Ost

Westeuropa, geographisch ein bloßes Anhängsel des eurasischen Riesenkontinents, war geistig, wirtschaftlich und politisch während Jahrhunderten die unbestrittene Führermacht der Welt. Im letzten Menschenalter hat es indessen an innerer Kraft, Ansehen, Reichtum und Ausstrahlungsmacht so rapid verloren, daß es sich heute in eine recht bescheidene Ecke der Zeitgeschichte gedrängt sieht und eigentlich nicht viel mehr als eine *Dépendance* Amerikas ist. Dank den beiden Weltkriegen sind ja die Vereinigten Staaten zum entscheidenden Machtzentrum der westlichen Erdhälfte aufgestiegen, mit dem nur noch die Sowjetunion (und ihr junger chinesischer Verbündeter) ernstlich wetteifern kann. So organisiert denn Amerika auch ganz planmäßig Westeuropa wirtschaftlich, militärisch und politisch gegen den Sowjetblock, nachdem es ihn am Ende des Hitlerkrieges sich bis an die Elbe und die Westgrenze Thüringens hatte vorschieben lassen. Westeuropa läuft so Gefahr, bei einem Zusammenstoß der beiden Machtkolosse regelrecht erdrückt und mindestens als Kulturlandschaft ausgelöscht zu werden.

Gleichzeitig erwachen die Völkermassen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, auf deren kolonialistischer Ausbeutung die Macht und der Reichtum Westeuropas größtenteils beruhten, aus jahrtausendlangem Schlaf immer mehr zum Bewußtsein ihrer Menschenwürde und ihres Menschenrechts. In urgewaltigem Aufstand gegen ihre heimischen und fremden Unterdrücker begriffen, bringen sie den westlichen «Herrennationen» Niederlage um Niederlage bei und drücken Westeuropa so erst recht zu Bedeutungslosigkeit und Ohnmacht herunter.

Das ist – mit ein paar raschen Strichen gezeichnet – unsere neue Lage. Müssen wir uns mit ihr einfach leidend abfinden? Oder wollen und können wir uns aus ihr tätig doch wieder ein eigenes, würdiges, verheißungsvolles Leben gestalten? Das ist die Frage.

## *Revolution und Gegenrevolution*

Der Zweite Weltkrieg hinterließ Europa in einem fast trostlosen Zustand. Und doch regten sich schon wieder frische, zukunftsfrohe Kräfte. Während sich in Osteuropa die soziale Revolution, gegen Ende des Ersten Weltkrieges in Rußland durchgebrochen, weiterhin in kommunistischen Formen vollzog – vollziehen *mußte*, weil der Westen ihr gegenüber völlig versagt hatte –, erhob sich in Westeuropa eine Bewegung, die den radikalen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft im Geiste der freiheitlichen Überlieferungen unseres Erdteils zu bewerkstelligen trachtete. Eine sozialistische Grundwelle trug die britische Labourpartei zur fast unumschränkten Macht empor. In Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei erwachsen aus der Widerstands-

bewegung volkstümlich-revolutionäre Kräfte, die das Ruder in die Hand nahmen und scharf nach links steuerten. Und auch in den nordischen Ländern wie in Belgien, Holland und Österreich (in sehr bescheidenem Maße sogar in der stockkonservativen Schweiz) drang eine sozialistische Bewegung vor, die teils allein, teils in Gemeinschaft mit anderen Gruppierungen den Regierungskurs bestimmte. Westeuropa schien sozialistisch werden zu wollen.

Aber der Gegenstoß der alten Mächte ließ nicht auf sich warten. Er setzte bei der Wirtschaftsnot ein, in die die meisten Länder Westeuropas versunken waren. Wer anders sollte ihr abhelfen können als das kapitalstarke, aber eben auch hochkapitalistische Amerika? Kein Zweifel: die Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten an Westeuropa (und außereuropäische Länder) in Form der UNRRA, der Marshallplan-Organisation usw. war ebenso großzügig wie notwendig und nicht einfach nur eine rentable Kapitalanlage. Aber sie war *auch* eine gute Kapitalanlage und auf jeden Fall ein ausgezeichnetes Werkzeug, um das «freie Unternehmertum» in Amerika selbst zu stützen und ihm den Weg auch wieder in die übrige Welt hinaus zu bahnen. Die sozialrevolutionären Kräfte, die der Zweite Weltkrieg entbunden hatte, mußten überall gebändigt werden, wenn nicht die «amerikanische Lebensform» in ihrem eigenen Stammlande gefährdet werden und der Rest des Erdballs dem Kapitalismus überhaupt verlorengelassen sollte. Die Überlegung, welche die herrschende Klasse in den Vereinigten Staaten damals anstellte und noch heute anstellt, ist einfach genug:

«Wenn sich das Sowjetsystem weiterhin erfolgreich entwickelt, wenn der Kapitalismus auf dem europäischen Festland weiter bedroht ist und in Großbritannien unterhöhlt wird, wenn die national-revolutionären Bewegungen in den bestehenden Kolonialreichen wie in den Kolonial- und Halbkolonialländern an Stärke weiter zunehmen und fortschrittliche Elemente zur Macht kommen, dann würde natürlich das monopolkapitalistische System in den Vereinigten Staaten isoliert dastehen, und in dem Maß, da diese Entwicklung fortginge, würde die Gefahr wachsen, daß in Amerika selbst die Kräfte an Stärke gewannen, die eine Linksschwenkung erstreben, um das Land mit dieser Welttendenz in Einklang zu bringen.» (Fritz Sternberg: «The coming crisis».)

Das Ziel der amerikanischen Welt- und insbesondere Europapolitik mußte es darum sein, den Zug nach links zum Stehen zu bringen, die sozialistischen Kräfte einzudämmen, sie zurückzuwerfen und die bewährte alte Ordnung auf der ganzen Linie wiederherzustellen. Das Mittel dazu war die Wirtschaftshilfe an die notleidenden Länder, der sich bald eine womöglich noch umfassendere *Militärhilfe* im Kampf gegen den «roten Imperialismus» beigesellte. Und der Erfolg blieb denn auch nicht aus. Es darf als sicher gelten, daß ohne die Unterstützung, die die konservativ-reaktionären Kräfte Westeuropas aus Amerika bekamen, der Kapitalismus in Westeuropa sich nicht hätte halten können. Der zu einer sozialistischen Ordnung drängende Volkswille hätte

sich in den meisten Ländern durchgesetzt, und ein neues, wiedergeborenes Europa wäre erstanden, das seinen Weg nach eigener Notwendigkeit und Überlieferung gesucht hätte.

### *Das alte Europa wiederhergestellt*

Wie verhängnisvoll das amerikanische Eingreifen die sozialistischen Kräfte in Westeuropa gelähmt hat, zeigt die Entwicklung in England. So sehr Großbritannien zuerst auf die Marshallhilfe angewiesen war, so sehr machte es sich durch ihre Annahme und die dadurch bedingte Finanz- und Wirtschaftspolitik von einem Amerika abhängig, das nicht gewillt war, «sozialistische Experimente zu finanzieren». Die Labourregierung sah sich immer mehr in ihrer Bewegungsfreiheit und sozialistischen Initiative behindert und mußte einen wesentlichen Teil der Wählerschaft enttäuschen, die sie 1945 mit so viel Hoffnungen ans Ruder gebracht hatte. Dies namentlich auch, weil Großbritannien durch die Finanzhilfe der Vereinigten Staaten mehr und mehr auch an die Militär- und Außenpolitik Amerikas gefesselt wurde; nicht zuletzt an seine Deutschlandpolitik. Unter amerikanischem Druck wich die Labourregierung Schritt um Schritt von dem Wege ab, der hätte zur «Entkartellisierung» und Sozialisierung der westdeutschen Schwerindustrie führen sollen, und ließ der amerikanischen Politik der Wiederherstellung des deutschen Monopolkapitalismus freie Bahn. Das stellte am letzten Kongreß des westdeutschen Gewerkschaftsbundes auch einer der Hauptreferenten, Dr. Viktor Agartz, unumwunden fest. Westdeutschland, so bemerkte er, war damals

«in seiner Entscheidungsbefugnis nicht frei. Seitens der britischen Regierung lag die bindende Erklärung vor, Kohle und Eisen zu sozialisieren. *Gegen* eine solche Neuordnung wandte sich die *amerikanische Militärregierung*. Sie forderte in Hessen eine getrennte Abstimmung über den Sozialisierungsartikel der Verfassung, der aber von über 70 Prozent der Abstimmenden gebilligt wurde. Nordrhein-Westfalen beschloß in seinem Landtag die Sozialisierung von Kohle und Eisen mit überwältigender Mehrheit, die aber wieder unter amerikanischem Einfluß nicht verwirklicht werden durfte.

Durch die Mißachtung dieser demokratischen Abstimmungen ist *die entscheidende Grundlage für das Wiedererstarken der Reaktion in Westdeutschland gelegt worden*. Man soll nicht immer zum Osten schauen mit der Behauptung, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik würde von russischen Panzern gedeckt. Die Struktur und die Ordnung der westdeutschen Wirtschaft sind sicherlich in gleicher Weise auf den Bajonetten der westlichen Besetzungsmächte geformt worden.»

Geplant wurde die Wiederherstellung des westdeutschen Kapitalismus in den Vereinigten Staaten, aber ihre Ausführung war nur möglich, weil Großbritannien dem amerikanischen Druck so willenlos nachgab. War das schon verhängnisvoll genug, so war die Zustimmung Englands zur amerikanischen Forderung nach Wiederaufrüstung Westdeutschlands – die freilich nur folgerichtig war, wenn man die Kriegs-

industrie wieder an ihre alten Besitzer auslieferte – noch bedeutungsschwerer. Die Verfasser der in den «Neuen Wegen» wiederholt erwähnten Schrift «It need not happen» (Bevan, Crossman und andere Labourabgeordnete) haben zur rechten Zeit wieder daran erinnert, wie Außenminister Ernest Bevin, zusammen mit Robert Schuman nach Neuyork beordert, im September 1950 von Staatssekretär Acheson ultimativ vor die Wahl gestellt wurden, entweder mit den Vereinigten Staaten zu brechen (also auf jede weitere Finanz- und Militärhilfe aus Amerika zu verzichten) oder die westdeutsche Wiederaufrüstung anzunehmen, und wie Bevin nach eiliger Verständigung mit London bedingungslos kapitulierte. Alles weitere, bis hin zu der Annahme der Pariser Verträge durch das britische Parlament, aber auch die schwere moralische Schwächung der Labourpartei und ihre Verdrängung von der Regierungsmacht, ergab sich daraus von selbst. Man kann keine sozialistische Wirtschafts- und Finanzpolitik und gleichzeitig eine Außenpolitik betreiben, die ausgesprochen kapitalistische und gegenrevolutionäre Ziele verfolgt!

Ähnlich rückschrittlich wirkte die amerikanische Intervention auf Frankreich. Das Bedürfnis nach USA-Dollars für die Wiederaufrichtung der französischen Wirtschaft und für die Kriegführung in Indochina drängte den Willen zu demokratisch-sozialistischer Erneuerung mehr und mehr zurück und machte die sich ablösenden Regierungsmannschaften in Paris immer gefügiger für die Wünsche Amerikas. «Die Gewährung der amerikanischen Kredite», so schrieb Claude Bourdet, der tapfere Chefredaktor des «Observateur», vor zwei Jahren, «hatte als Gegenstück die Ausschaltung der Kommunisten aus dem Kabinett.» Mit einiger Anstrengung und Opferwilligkeit hätte Frankreich, wie er glaubt, sich wirtschaftlich auf eigene Füße stellen und politisch den Weg gehen können, der ihm durch seine ganze Lage vorgezeichnet war. Aber das sei offenbar zu viel verlangt gewesen:

«Die Marshallhilfe . . . erlaubte den Verzicht auf diese Anstrengung, ein gerechtes, strenges Regime zu führen, und machte es gleichzeitig unnötig, die Arbeiterklasse zur Leitung der Landesgeschichte heranzuziehen. Von diesem Augenblick an wurde eine Politik liberalen (das heißt kapitalistischen) Typs möglich, eine bequemere Politik — und in Frankreich wählt man immer das Bequemste. In einem Land wie dem unseren mußte eine solche Politik aber notwendig zum Schaden der ganzen lohnverdienenden Bevölkerung ausschlagen . . . Das französische Bürgertum faßte im Gefühl, Rückendeckung bei den Vereinigten Staaten zu haben, wieder Mut und gedachte sehr bald sich mit seinen Gegnern zu messen — und dann sie zu erledigen. Von da an nahm die französische Politik jeden Tag eine etwas reaktionärere Wendung . . . Die Sozialisten wurden so dazu getrieben, eine Politik zu machen, die allen Interessen der Arbeiterschaft zuwiderlief; das wirtschaftliche Ergebnis war die Preissteigerung, die trotz der Produktionserhöhung viel schneller vor sich ging als die Lohnsteigerung, und das politische Ergebnis war die Festigung der Kommunistischen Partei und die Flucht des größten Teiles ihrer Arbeiterelemente wie ihrer besten Vertrauensleute aus der Sozialistischen Partei.» («La Tribune des Peuples», März/April 1953.)

Wie der amerikanische Druck Frankreich immer stärker in den Westblock hineinzwang, wie die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft» zuerst vom Parlament abgelehnt wurde – zur zornigen Bestürzung Washingtons – und dann die Regierung Mendès-France mit ihrer Zustimmung zu den Londoner und Pariser Abmachungen doch auf die Politik der Wiederbewaffnung Westdeutschlands einschwenkte und die Nationalversammlung hinter sich herzog – das ist noch so sehr in frischem Gedächtnis, daß darüber hier nichts weiter gesagt zu werden braucht.\*

Nur ganz rasch sei auch an die massive Intervention der Vereinigten Staaten in Italien, durch Finanzhilfe, Wirtschaftslieferungen und politische Beeinflussung großen Stils, erinnert. Wenn *ein* westeuropäisches Land heute eine amerikanische Kolonie genannt werden kann, so Italien. Und so könnte man fortfahren, um zu zeigen, wie ein westeuropäischer Staat um den anderen durch wirtschaftliche Bindungen, politischen Druck und Erregung antikommunistischer Panikstimmungen dem amerikanischen Lager zugeführt und der planmäßigen Wiederherstellung der kapitalistischen Ordnungen dienstbar gemacht wurde. Eine Ausnahme machte einzig die Tschechoslowakei, die bereits auf dem gleichen Wege war, sich aber durch den berühmten «Staatsstreich» vom Februar 1948 der Eingliederung in die westmächtige Koalition entzog und ihr Heil – nicht zuletzt im Blick auf ihr Sudetenland und die Wiedererstarkung des nationalistisch-reaktionären Deutschland – im Anschluß an den Ostblock suchte. Seither gehört es zum amerikanischen Programm – von Präsident Truman am 18. März 1948 ausdrücklich verkündet –, Westeuropa nicht nur gegen äußere, sondern auch gegen «innere» Angriffe zu schützen, daß heißt eine Wendung zum radikalen Sozialismus oder gar zum Kommunismus mit allen Mitteln zu verhindern – auch wenn diese Wendung ganz gesetzmäßig und nach den Spielregeln der bürgerlichen Demokratie erfolgen sollte. Der Atlantikpakt soll dafür offenbar die rechtliche Grundlage geben, wurde er doch von Staatssekretär Acheson seinerzeit so ausgelegt, daß «revolutionäre Tätigkeit in einem Mitgliedstaat, die von außen her inspiriert und unterstützt wäre, als bewaffneter Angriff betrachtet würde». Und daß hinter aller «revolutionären Tätigkeit» *immer* Moskau steht, das ist ja für Amerika von vornherein selbstverständlich.

### *Einigung mit falschen Vorzeichen*

Es war nur die gegebene Folgerung aus dieser ganzen Entwicklung, daß die Vereinigten Staaten auch die wirtschaftliche und politische *Einigung* der westeuropäischen Länder anstrebten – in ihrem Sinne natürlich. Der damalige Leiter der Marshallplanorganisation, Paul Hoffmann, stellte den beteiligten Staaten am 31. Oktober 1949 gerade-

---

\* Siehe auch die Weltrundschau.

zu ein Ultimatum: Entweder ihr schließt euch zu einer westeuropäischen Wirtschaftsunion zusammen, oder es gibt keine amerikanische Hilfe mehr! «Der Kern eines solchen Zusammenschlusses», so legte er dar, «müßte die Schaffung eines einzigen großen Absatzmarktes sein, in dessen Bereich mengenmäßige Beschränkungen des Warenverkehrs, Währungsschranken für den Zahlungsverkehr und schließlich alle Zollschranken dauernd weggefegt wären... Die Schaffung eines ständigen Freihandelsraumes mit 270 Millionen Verbrauchern in Westeuropa... würde die Entwicklung großzügiger Industrien mit niedrigen Produktionskosten beschleunigen. Sie würde die wirksame Nutzbarmachung aller Wirtschaftskräfte leichter, die Erdrückung einer gesunden Konkurrenz schwerer machen.»

Der Kern des so geeinigten Westeuropa – auch darüber ließ man in Amerika keinen Zweifel – müßte Westdeutschland mit seiner großen Industriekraft und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit werden. Und die Wiederaufrüstung der Bonner Republik auf Grund der Wiederherstellung ihrer vollen nationalen Unabhängigkeit und Souveränität wäre nur das natürliche Gegenstück dieser wirtschaftlichen Restauration. Der Kommunismus, so betonte Hoffmann immer wieder, werde Westeuropa so lange bedrohen, bis dieses seine Einheit gefunden und wirtschaftlich auf eine gesunde Grundlage gestellt sei. Auch wenn man alle anderen Umstände in Betracht ziehe, so bleibe «ein sehr bestimmter Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Erholung und antikommunistischer Stimmabgabe, wie die Wahlergebnisse vor und nach dem Marshallplan bezeugen». Und er führte zum Beweis dafür die Zahlen für die Produktionssteigerung einerseits und den Rückgang der kommunistischen Stimmen andererseits in verschiedenen Ländern (Belgien, Norwegen, Niederlande, Dänemark, Österreich usw.) an:

«In Italien half die bloße Ankündigung der ECA (Economic Cooperation Administration, Amt für Wirtschaftliche Zusammenarbeit) mit, die kommunistische Vertretung in der Nationalversammlung zu vermindern, und der seither eingetretene Aufschwung der industriellen Produktion um 27 Prozent ist ein harter Schlag für den kommunistischen Einfluß innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gewesen. In Frankreich hat das Eingreifen des Marshallplanes höchst wahrscheinlich die Macht-ergreifung durch die Kommunisten verhindert.» (Siehe die Wochenschrift «Life», 26. Februar 1951.)

Man beachte, daß «gesunde Wirtschaft», «wirtschaftliche Erholung» usw. hier immer bedeutet: Entwicklung und Stärkung der Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage. Wirtschaftliche Einigung Westeuropas heißt für Amerika und seine Verbündeten immer Herstellung eines kapitalistischen Westeuropa mit dem entsprechenden politischen Überbau. Westeuropa soll wirtschaftlich, militärisch und politisch gegen Osteuropa zusammengefaßt und organisiert werden – das ist der immer wiederkehrende Grundgedanke dieser Politik. ECA, Kohlen- und Stahlgemeinschaft (Montanunion), Nordatlantikbund, Europäische Verteidigungsgemeinschaft, Europarat (in Straßburg niedergelassen) und nun zuletzt Westeuropäische Union – sie alle sind nur verschiedene Aus-

drucksformen dieses Gedankens, der auch von einer Reihe privater Organisationen propagiert und unterstützt wird.

Was das *Ergebnis* all dieser Pläne und Unternehmungen wäre, wenn sie voll verwirklicht würden, kann nicht zweifelhaft sein. Wir wollen nicht von den sehr ernst zu nehmenden Plänen reden, ein klerikal geführtes «Kleineuropa» zu schaffen, dem Westdeutschland, Österreich, Frankreich, Belgien, Holland, Italien, Spanien und Portugal angehören würden und dem das mehrheitlich protestantische England kein genügendes Gewicht entgegensetzen könnte. Für die nähere Zukunft verhängnisvoller wären die *wirtschaftlichen* Folgen. Die Wirtschaftsprobleme Westeuropas können ja auf die Dauer mit den Mitteln kapitalistischer «Sanierung» nicht gelöst werden. Das «westdeutsche Wirtschaftswunder» ist kein Gegenbeweis; die Einpumpung amerikanischen Kapitals in die Bonner Republik hat nur eine vorübergehende Scheinblüte hervorgebracht, die im wesentlichen einer (freilich nicht sehr dünnen) Oberschicht zugutegekommen ist, die große Mehrheit der von ihrer Hände und ihres Kopfes Arbeit lebenden Bevölkerung aber in Knappheit, ja weithin in Mangel und Armut gelassen hat. In Frankreich wird Mendès-France, wenn er dazu Zeit hat, im besten Fall eine gewisse Rationalisierung und Modernisierung der rückständigen Wirtschaft erreichen, nicht aber eine Steigerung des Volkseinkommens, an der *alle*, besonders die heute unterbemittelten und notleidenden Schichten, in gerechtem Ausmaß teilhaben könnten. Das Wirtschaftschaos in Italien vollends und die unbeschreibliche Elendslage namentlich seines ländlichen und städtischen Proletariats werden auf dem Boden des Kapitalismus niemals in wirkliche Ordnung und Wohlstand verwandelt werden können. Und was Großbritannien betrifft, so stellt ein so hervorragender Fachmann wie Professor Cole fest, daß «man die britische Wirtschaft nicht ernsthaft reorganisieren kann, ohne ihr eine stärkere Dosis Sozialismus einzugeben», mit Nationalisierung der Landwirtschaft und der großen Exportindustrien, planmäßiger Kapitalanlage durch die öffentliche Hand, scharfer Kontrolle der privaten Kapitalanlagen, Neuverteilung des Volkseinkommens durch eine sozialistische Steuerpolitik usw. Alle solchen Maßnahmen sind in einem kapitalistisch geeinigten und organisierten Westeuropa ausgeschlossen, zumal die militärische Aufrüstung die Wirtschaft aller Länder in einem Maße belastet, daß für durchgreifende Reformen, besonders auch sozialpolitischer Art (Wohnungsbau, Versicherungsschutz usw.), keine genügenden Mittel mehr übrigbleiben. Die wirtschaftliche Abschnürung Westeuropas vom Osten, die zu dieser ganzen Politik gehört, muß die Stockung des Blutkreislaufs, die mindestens in einem Teil der westeuropäischen Volkswirtschaften eingetreten ist, erst recht lebensgefährlich machen. Die enge Verbindung mit Amerika bietet dafür keinen ausreichenden Ersatz, namentlich wenn es wieder zu einer ernsteren Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten kommen sollte.

Die *politischen* Gefahren der gegenwärtigen Organisierung (oder Desorganisierung) Westeuropas aber können in wenigen Worten zusammengefaßt werden, so augenscheinlich sind sie für jeden Sehenswollenden geworden: Fortschreitende Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten und von Westdeutschland; das zur Vormacht Westeuropas zu werden und so zunächst auf «friedlichem» Wege zu erreichen droht, was Hitler mit Krieg gewinnen wollte; zunehmende Aushöhlung der politischen Demokratie und Schwächung aller freiheitlichen und sozialfortschrittlichen Kräfte bei gleichzeitiger Stärkung der Reaktion, des Nationalismus und des sturen Antikommunismus; weitere Verschärfung der Spannung zwischen den beiden Hälften Europas, verstärktes Wettrüsten und schließlich die neue kriegerische Entladung, die alles zerstören müßte, was wir von einem eigenständigen, sich selbst bewahrenden und wiederfindenden Westeuropa erwarten können.

### *Sozialistisches Westeuropa*

Der Schluß aus dieser ganzen Tatsachenreihe ist gegeben: Ein unabhängiges Westeuropa mit eigenem Gesicht und würdiger Existenz zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen Kulturraum kann nur ein *sozialistisches* Westeuropa sein – ein Westeuropa, das mit dem Kapitalismus radikal bricht, den Sozialismus aber aus seiner so schwer errungenen freiheitlich-demokratischen Lebensform heraus gestaltet. Wir zählen zu den wesentlichen Bestandteilen dieser Lebensform: Achtung vor dem Einzelmenschen als einer unendlich wertvollen Persönlichkeit, vor seinem Gewissen, vor seinen unabdingbaren Rechten und Freiheiten; Schutz dieser Rechte und Freiheiten gegenüber den totalitären Mächten von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft; Selbstregierung in Staat und Wirtschaft; soziale Sicherheit und Wohlfahrt für alle; Erziehung nicht nur zu leistungsfähiger Berufsausübung, sondern noch mehr zu Charakter und Selbsttätigkeit, und zwar ohne Behinderung durch finanzielle Schranken; Gründung des persönlichen wie des gesellschaftlichen und politischen Lebens auf das Sittengesetz, dem alle Tätigkeitsäußerungen des Menschen unterstehen.

Ein Westeuropa, das in solchem Geiste die soziale Revolution vollzöge, hätte einen durchaus genügenden Spielraum, um sich zu entfalten. Es könnte wirtschaftlich sowohl mit den Vereinigten Staaten wie mit der Sowjetunion in Wettbewerb treten. Es könnte und müßte eine geplante Einheit bilden, mit freier Bewegung von Menschen, Gütern und Kapitalien. Seine Industrie und sein Handel, seine Landwirtschaft und sein Gewerbe, sein Verkehrssystem und seine Kraftquellen könnten großzügig entwickelt werden und sein Erziehungs- und Bildungswesen wie seine sozialpolitischen Einrichtungen eine Festigkeit und Ausdehnung gewinnen, die in der heutigen Zersplitterung fast undenkbar sind. Vollbeschäftigung, Wohlstand für alle und dauernder Frieden

wären keine utopischen Ideale mehr, sondern lebendige Wirklichkeiten, die das Alltagsdasein von ein paar hundert Millionen Menschen beherrschen würden. Wobei an dieser Stelle auf Einzelheiten, wie politische Verfassung des zu vereinigenden Westeuropa und wirtschaftliche Organisation oder Methode und Tempo der Einigung selber, natürlich nicht eingetreten werden kann.

### *Voraussetzungen und Wirkungen*

Das Wesentliche wäre also, daß Westeuropa seine eigenständige Entwicklung dort wieder aufnehme, wo das Eingreifen des kapitalistischen Amerika sie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges abgebrochen hat. Das setzt voraus, daß die Erkenntnis endgültig durchdringt: Auf dem Boden der kapitalistisch-bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung kann Westeuropa weder seine Wirtschaftsprobleme lösen noch eine neue, selbständige und würdige Rolle im Raum zwischen den beiden großen Weltreichen der Gegenwart spielen, ja nicht einmal den Frieden und damit seine bare äußere Existenz gesichert bekommen. Und es setzt zweitens voraus, daß sich Westeuropa von der Hypnose befreit, die ihm vorspiegelt, es sei von der Gefahr eines kriegerischen Einbruchs der «kommunistischen Barbarei des Ostens» bedroht und müsse und könne diese Gefahr durch militärische Hochrüstung, verbunden mit der entsprechenden «Politik der Stärke», abwehren. Die klare Einsicht muß durchbrechen, daß bei allen Fehlhandlungen der Sowjetunion seit Kriegsende nicht sie es ist, die einer militärisch-politischen Kraftprobe entgegensteuert, sondern die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten, und daß die *wirkliche* Drohung und Herausforderung des Kommunismus nicht militärisch-machtpolitischer Art ist, sondern geistiger und sozialer Art, also auch nicht mit militärischen und machtpolitischen Mitteln abgewehrt werden kann, daß also nicht der Kommunismus uns in erster Linie bedroht, sondern ein Antikommunismus, der die wirkliche und wirksame Abwehr versäumt und durch seine *falsche* Abwehrmethode Westeuropa in unmittelbare Lebensgefahr bringt.

Dieser Einsicht sollten sich vorab die *sozialistischen* Kräfte Westeuropas weit öffnen. Von den kapitalistisch-konservativen Kräften kann man sie par *définition* nicht erwarten. Diese Kräfte *müssen* sich an Amerika – das gegenwärtige Amerika – anklammern, um sich auch in Europa noch halten zu können. Sie *können* nicht sehen, wo die wirkliche Stärke der kommunistischen Weltbewegung liegt: in ihrem revolutionären Willen und in der Erkenntnis, daß die Zeit des Kapitalismus und Feudalismus, der Kolonialherrschaft und der Ausbeutung der «rückständigen» Völker endgültig vorbei ist. Und sind darum auch nicht imstande, dem Kommunismus mit *den* Waffen entgegenzutreten, mit denen er mindestens in Westeuropa allein geschlagen werden kann:

mit einer überlegenen Welt- und Lebensanschauung und einer *freiheitlich* durchgeführten sozialen Revolution. Sie verlegen deshalb den Kampf auf dasjenige Feld, wo sie noch am ehesten Erfolg zu haben meinen, auf das militärische, obwohl auch das – die Zurückdrängung oder Zerschlagung des kommunistischen Machtbereiches mit militärischem Auftrumpfen oder gar mit Krieg – eine selbstmörderische Täuschung ist. Sie reden deshalb auch von einem politischen «Vakuum», einem «Leerraum», der entstehen müsse, falls Westeuropa militärisch abgerüstet und neutralisiert würde, und bilden sich ein, das Einströmen des Kommunismus in diesen Leerraum könne verhindert und der kommunistische «Sog» (das ist jetzt besonders in Westdeutschland das Schlagwort) gestoppt werden, wenn Westeuropa nur recht eng mit Amerika verbunden bleibe und werde – wirtschaftlich wie militärisch und politisch.

Im sozialistischen Lager sollte man es anders wissen. Man sollte wissen, daß die einzige Möglichkeit, den Kommunismus von Westeuropa fernzuhalten, darin besteht, die Umwälzung, die er mit *seinen* Mitteln und Methoden erstrebt, besser und gründlicher zu machen, als er das kann. Man sollte ferner wissen, daß eine Sowjetunion, die kein von Amerika organisiertes, finanziertes und aufgerüstetes Westeuropa neben sich hätte, von der großen Furcht befreit wäre, die es seit den gegenrevolutionären Interventionskriegen, seit der Förderung und Auspielung des Nazismus und Faschismus gegen die Sowjetunion und seit der deutschen Invasion in Rußland – die die Sowjetunion an den Rand des Todes brachte – ständig beherrscht: der Furcht vor einer Zusammenballung der westlich-kapitalistischen Mächte zur Zerstörung des Herdes der sozialen Revolution. Und man sollte schließlich daran denken, daß das Diktatur- und Terrorregime in der Sowjetunion, das weithin nur eine Waffe der Abwehr gegen die äußere Bedrohung ist und war, in dem Maße gemildert, ja abgebaut werden müßte, in dem diese Bedrohung verschwände. Die so weitverbreitete Furcht, daß ein abgerüstetes, von Amerika unabhängiges, auf den Sozialismus ausgerichtetes Westeuropa von der Sowjetunion angegriffen oder aufgesogen würde, erscheint mir tatsächlich völlig unrealistisch. Der Durchbruch einer «Los-von-Amerika»-Bewegung in Westeuropa würde vielmehr aller Voraussicht nach eine entsprechende Unabhängigkeitsbewegung auch unter den osteuropäischen Völkern auslösen, die nun keinen Grund mehr hätten, sich aus Angst vor dem Westen, insbesondere auch vor Deutschland, einem kommunistischen Gewaltregime zu unterwerfen, bei aller Entschlossenheit, ihrerseits den Weg zum Sozialismus weiterzugehen.

Ein sozialistisches Westeuropa würde also die haltbarsten Grundlagen für die vielberedete Koexistenz, für das friedliche Zusammenleben und den friedlichen Wettbewerb der westlichen mit der östlichen Welt schaffen. Es würde so zur entscheidenden Friedensmacht unserer

Zeit werden, zur *Brücke* zwischen Ost und West, statt des Sturmbockes gegen den Osten, den es jetzt im Sinne der amerikanischen Weltpolitik abgeben soll. Im Rahmen eines sozialistischen Westeuropa mit *gemeinsamer* Friedenssicherung, also ohne nationale Armeen, kann allein auch die *deutsche* Frage friedlich, also überhaupt gelöst werden. Ihm würde der Sowjetblock gefahrlos Ostdeutschland überlassen können, das jetzt der Westen für sich beansprucht, um es in den Kampf gegen den Osten einzusetzen. In ihm würde darum auch jeder Grund für eine besondere deutsche Aufrüstung wegfallen – *der* Grund mindestens, der jetzt für Amerika und Westdeutschland die Hauptrolle spielt: die angebliche Notwendigkeit, dem Einbruch des Kommunismus mit den Mitteln entgegenzutreten, die diesem allein imponierten. Ob ein sozialistisches Westeuropa überhaupt noch eine militärische Rüstung brauchte, sei jetzt gar nicht untersucht; *diese* Frage, so glauben wir, löst sich ohne große Schwierigkeiten im gleichen Maße, in dem das neue, vereinigte Westeuropa zur Wirklichkeit wird.

### *Wir glauben an Europa*

Utopie? Die Utopie von heute ist bekanntlich die Wirklichkeit von morgen. Wir sind uns natürlich klar über die mächtigen Widerstände, die sich gegen ein sozialistisch föderiertes Westeuropa erheben. Interessenten aller Art der europäischen Zersplitterung, Gläubige und Nutznießer der «freien» Wirtschaft, Verteidiger der nationalen Souveränität (oder der «ewigen Neutralität»), überhaupt Konservative und Reaktive jeden Schlages, dazu zaghafte, vorsichtige «Realisten», die sich nicht entschieden vorwärts wagen – sie alle sind nicht als Mitkämpfer für das neue Europa zu gebrauchen, arbeiten ihm sogar vielfach direkt entgegen.

Das Schlimmste aber sind wohl jene Sozialisten, die tatsächlich die alte, kapitalistische Welt stützen helfen, die sie nach ihrem Lippenbekenntnis aus den Angeln heben wollen. Die Mehrheit der sozialdemokratischen und Arbeiterparteien Westeuropas – oder doch ihr offizieller Apparat und ihre Presse – ist ja auf jenes *falsche* Westeuropa festgelegt, das nur ein Anhängsel und Werkzeug des kapitalistischen Amerika ist und unter die Herrschaft eines neu ausgestaffierten Alldeutschland zu geraten droht. Wer sich aber als Sozialist diesem Auch-Europa entgegenstemmt, der wird als «moskauhörig» verfemt, verleumdet und ausgestoßen – im Namen der «Freiheit», die es gegen den Kommunismus zu verteidigen gelte . . . Das ist neuerdings besonders auch die Tendenz innerhalb der britischen Labourpartei, die sonst so weitherzig und duldsam gegenüber nichtorthodoxen Meinungen war. Ihre Leitung ist, wie gegen Ende des letzten Jahres der «New Statesman» schrieb, mehr und mehr dazu übergegangen, «Bewegungen im Parteivolk auszumerzen mit der Begründung, es handle sich da um

bevanistische, trotzkystische, kommunistische oder gar pazifistische Verschwörungen». Mit Recht kennzeichnet das Blatt dies als «erschreckend rasche Entartung in einer Partei, die noch vor neun Jahren den Beweis leisten zu können schien, daß der demokratische Sozialismus die Antwort sowohl auf die kommunistische Herausforderung als an die kapitalistische Welt ist».

Aber die gleiche Entartung hat ja längst auch die meisten kontinentalen Arbeiterparteien ergriffen. Ihre fortschreitende Verbürgerlichung zeigt sich gegenwärtig vor allem in jenem blindwütigen Antikommunismus, der sie automatisch auf die Seite der Westmächte treibt und sie nun – ausgenommen vielleicht die westdeutsche Sozialdemokratie selbst – vielfach sogar zu Fürsprechern der Wiederaufrüstung der Bonner Republik als des «kleineren Übels» macht. Trotzdem verlieren wir weder den Glauben an eine Erneuerung des westeuropäischen Sozialismus noch an das Kommen des neuen Europa, dessen natürliche Träger die sozialistischen und Arbeiterparteien unseres Erdteils sein werden. «Weil wir an Europa glauben», so bekennt Jean-Marie Domenach im «Esprit» (April 1953), und wir schließen uns ihm an, «weil es eines der Ziele und Mittel der Unabhängigkeit ist, die wir wollen, lehnen wir die Ersatzgebilde ab. Europa wird kommen; es liegt auf der Linie der modernen Entwicklung. Aber es wird als wirklich übernationaler Staat (und nicht als Protektorat) nur kommen, wenn es sich seiner Berufung, seiner geschichtlichen Bedeutung bewußt wird. Das ist der wahre Sinn unseres Widerstandes, unserer zweiten Weigerung, Bürger eines Trugvaterlands zu werden, Menschen ohne Wert, Hilfstruppen eines Imperiums und Soldknechte fremder Armeen.» *Hugo Kramer*

## Europa und Rußland

### I

Anfang September vorigen Jahres gab es eine große internationale Tagung der Europäischen Bewegung in meiner Wohnstadt, Arnheim. Eben war der EVG-Vertrag von dem französischen Parlament abgewiesen worden. Fast alle Redner merkten diesen Umstand als ein ungünstiges Vorzeichen und als einen schweren Schlag gegen den Europagedanken an. Anscheinend war also der Europagedanke für die Mehrzahl dieser Europäer untrennbar mit dem Gedanken einer rein militärstrategischen Einigung der Sowjetunion gegenüber verknüpft.

Es gab fast keinen der Anwesenden, der im Gegenteil froh darüber gewesen wäre, daß jetzt die Möglichkeit größer werde für eine von machtpolitischem und militärischem Denken freie Besinnung auf den Begriff Europa.